

# Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuiller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes

Nr. 5 / 42. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.  
Bezugspreis  
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelisstr. 14 u  
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Bestellung  
bei allen Postämtern.  
Mitglieder kostenlos

Berlin, 3. Februar 1928

## Tarifentwicklung im Tapezierergewerbe.

Die Belebung der allgemeinen Wirtschaft, die in den ersten Monaten des Jahres 1927 immer stärker in Erscheinung trat, brachte auch für das Tapezierergewerbe eine gute und bis zum Schluss des Jahres anhaltende Beschäftigung. Diese erstreckte sich mit wenigen Ausnahmen über das ganze Reich. Die Belebung des Geschäftsganges frühzeitig erkannt, schuf den Offenstücksgeist, ohne den keine große Bewegung mit Erfolg möglich ist. Stand das Jahr 1926 im Zeichen wirtschaftlicher Depression und war deshalb ein Angriff weniger geeignet, so galt es im verflossenen Jahr, die Positionen

### der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tapezierer

zu heben, zu bessern und auszubauen. Dies gelang in reichem Maße. Seit der Verschmelzung der Verbände 1920 kann sich kein Jahr mit dem vergangen messen. In kurzer Zeit wurden neben den vielen Wohnkämpfen eine Reihe neuer Tarifverträge im Tapezierergewerbe geschlossen und neue praktische Aufbauarbeit geleistet. Wurden doch 30 neue Verträge zu den bereits aus früheren Jahren vorhandenen 46 abgeschlossen, so daß

### 76 Bezirks- und Ortsvereinigungen

am Schluss des Jahres 1927 vorhanden waren. Diese regeln in 170 Orten des Reiches

### für 11 700 Beschäftigte im Tapezierergewerbe

Lohn und Arbeitsbedingungen. Nur einige Orte von Bedeutung sind noch ohne Mantelvertrag. Es muss aufgezeigt werden, dass nach dem Vergleich der Verhältnisse in den kommenden Monate kein, dies nachzuholen. Kann auch die Zahl der Beschäftigten in einem Handwerk nicht in der Parallelie mit den Riesenzahlen der Erwerbstätigen in der Großindustrie gestellt werden, so sind doch die Erfolge einer kleinen Gruppe ebenfalls beachtenswert. Die hinter uns liegenden Tarifabschlüsse im Tapezierergewerbe sind ein Erfolg. Nachdem die großen Städte bereits mit sehr wenigen Ausnahmen Tarifverträge hatten, wurden in den letzten Jahren besonders in mittleren Orten Tarifverträge geschlossen. Mit frischer Tatkraft ohne aktive Kämpfe konnten die Vereinbarungen fast durchweg zum Abschluss gebracht werden.

Der Achtstundentag wurde in allen Verträgen festgelegt. Ferner die Überstundenbestimmungen sowie die Lohnauszahlungen nach der achtstündigen Arbeitszeit. Die praktische Auswirkung aber ist in dem beachtlichen Maße, nur bei äußerst dringenden Fällen zu jüngsten Niedrigs "nur bei äußerst dringenden Fällen" zu jüngsten Überstunden so gut wie ganz zu vermeiden, muss die Lohnung sein für unsere Kollegen.

Die Ferien wurden beim Abschluss der einzelnen Verträge bereits bestimmt, in der Regel der Mindestlohn von drei Tagen bis zur Höchstleistung von 710 Tagen festgesetzt. Die Werkszeugentnahmung findet in den Verträgen immer stärkere Aufnahme. In den meisten Fällen wird eine monatliche Entschädigung von 1,50 M. bezahlt. In keinem Vertrag darf die Bestimmung fehlen,

### Sitzung des erweiterten Vorstandes.

Am 22. und 23. Januar tagte der erweiterte Vorstand unter Zusicht der Gauleiter im Sitzungszimmer unseres Verbandes. Kollege Blum eröffnete die Tagung mit einer Begrüßung der Erteilenden im neuen Heim. Er schildert die Vorgeschichte der Erwerbung des Hauses und spricht die Hoffnung aus, dass dieser Zeitpunkt den Anfang eines weiteren Aufstieges der Organisation geben möge.

Die Tagesordnung lautet:

1. Wahl des Vorstandes. Kollege Blum.
2. Wahl des Redakteurs.
3. Bericht des Kollegen Spield vom ADGB über die neuere soziale Gesetzgebung.
4. Untere Tarifbewegungen im Frühjahr. Kollege Gerhardt.
5. Der Aufbau und die Besichtigung der neuen Bundeschule. Kollege Gerhardt.
6. Allgemeine Verbandsfragen.

Zu Punkt 1 gibt Kollege Blum einen gedrängten Bericht über das letzte Geschäftsjahr. Im Gegenjahr 1926 war im Jahr 1927 ein Aufschwung zu guter Konjunktur zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit fiel stark nach, ist allerdings im Vergleich zu den meisten anderen Verbänden noch als außerordentlich hoch zu bezeichnen. Die Entwicklung des Mitgliederstandes war günstig und hat besonders auf die Herbstagitation befriedigend gewirkt. Am Schluss des

dah die Arbeitsvermittlung durch den zuständigen Arbeitsnachweis zu erfolgen hat.

Bei Wert und mehr Beachtung muss bei künftigen Tarifvertragsabschlüssen der Frage des Schlichtungswesens und der Rechtsprechung gewidmet werden. Daburch, dass am 1. Juli 1927 das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft trat, muss eine klare Scheidung darüber auch in den Verträgen zum Ausdruck kommen, was unter Schlichtung fällt und andererseits zur Rechtsprechung in Arbeitsachen gehört.

Unter "Schlichtung" sind zunächst die behördlichen Instanzen: Schlichter, Schlichtungsausschüsse zu verstehen, die nach der Schlichtungsverordnung eindeutig festgelegt sind. Unter Schlichtung versteht man die Hilfe zum Abschluss von Gewerbevereinbarungen (Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen), auch die Abänderungen oder Eränderungen zu einem Vertrag fallen darunter, während andererseits die Auslegung der Verträge Aufgabe der Rechtsprechung ist.

Neben den behördlichen Schlichtungsorganen können "Schlichtungsstellen" durch Tarifvertrag vereinbart werden. Eine genaue Umbeschreibung der Aufgaben dieser Schlichtungsstellen ist erforderlich.

Hinrichtlich der Rechtsprechung in Arbeitsachen kommen die Arbeitsgerichte in den Arbeitsgerichten, Landesarbeitsgericht, Reichsarbeitsgericht, in erster Linie in Betracht. Jedoch können durch Tarifvertrag an Stelle der Arbeitsgerichtsbehörden auch Schiedsgerichte, Gütesstellen und Schiedsgerichtsstellen vereinbart werden. Nach den früheren Erfahrungen solcher ähnlicher Instanzen in den Tarifverträgen im Tapezierergewerbe bei Rechtsstreitigkeiten sind solche Vereinbarungen zu unterlassen. Vereinbarungen von Schiedsgerichten an Stelle der Arbeitsgerichtsbehörden sind deswegen schon grundsätzlich abzulehnen, weil dadurch die Rechtssetzung im Arbeitsrecht gefährdet wird. Bei Tarifabschlüssen soll also darauf geachtet werden. Bei Auslegung und Streitigkeiten aus den Tarifen muss den Arbeitsgerichten der Vorrang eingeräumt werden.

Der Geltungsbereich der bestehenden Verträge ist insofern über den üblichen Rahmen früherer Tarifabschlüsse hinausgewachsen, weil durch Eingemeindung großer Städtegebiete geschaffen wurden. Auch durch Abschluss von Bezirkspartnern kommen mehrere Orte unter einen Hut gebracht werden. Aber in dieser Richtung muss weiter gearbeitet werden, denn für so manches Wirtschaftsgebiet wäre ein umfassender Bezirkspartnertag gegenwärtig den einzelnen Ortsräten vorzuziehen. Im allgemeinen kann — wie schon erwähnt — das verflossene Jahr als guter Fortschritt in der Ausbreitung des Tarifwesens für Tapezierer bewertet werden. Unser Streben muss sein, auch für den letzten Ort, wo Tapezierer arbeiten, einen Vertrag zu schaffen, diese Verträge auszubauen und dafür zu werben, dass auch jeder Kollege und jede Kollegin für das Ereignis eintritt.

—fg.—

Jahres 1927 waren 20 529 Mitglieder vorhanden gegen 27 310 Ende 1926, das ist eine Zunahme von 21,9% gleich 8,2 Prog. Als Zeichen der großen Umstellungen in der Produktion ist der Umstand zu bewerten, dass die Zahl der männlichen Mitglieder nur um 5,9 Prog. zunahm, die Zahl der weiblichen Mitglieder dagegen um 17,3 Prog. Die Zunahme verteilt sich wie folgt: Leiderwarenindustrie 343, Tapezierer 978, Fahrzeugindustrie 622, Treibriemerei 168 und sonstige Branchen 150 Mitglieder. Die Zunahme wäre größer, wenn wir nicht eine äußerst scharfe Säuberung der Mitgliederschaft vorgenommen hätten. Der Durchschnitt der umgesetzten Verbandsmarken hat sich sehr gut entwickelt. Sehr war es nicht möglich, den Kostenabschluss des Jahres 1927 vorzulegen, doch gibt der Abschluss über das dritte Quartal, der ja in der Geltung veröffentlicht wurde, eine ausreichende Übersicht über die günstige Entwicklung der Finanzen. Die Agitation muss noch in ganz anderer Weise, als das bisher geschehen ist, gefordert werden und sollen auch in diesem Jahre Werbungen über das gesamte Verbandsgebiet stattfinden. Trocken müssen die Drucksverwaltungen aus sich heraus mehr für die Agitation lassen. Wir stehen vor großen Wohn- und Mantelftarifbewegungen in allen Branchen und haben unseres Verbands und erwarten, dass allen Erforderlichen getan wird, um gerüht zu sein. Blum begrüßt den Kollegen A. Sallbach, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der zur Besichtigung der neuen Bureauräume erschienen ist.

In der lebhaftesten Aussprache wird besonders auf die Notwendigkeit einer guten Agitation und die dazu eingeschlagenen Wege eingegangen. Gingen auch die Ansichten über den Wert der einen oder anderen Agitationsform auseinander, als da sind Haus-, Werkstatt- und Betriebsagitation, Abhaltung von Werbeversammlungen, Verwendung von Flugblättern, auch des Bildes usw., so waren sich doch alle Redner darin einig, dass noch mehr als bisher geschehen ist, getan werden muss. Neben der Werbung muss hergehören die Erziehung und Aufklärung der gewonnenen Mitglieder. Besonders wurde auf die Gewinnung der heranwachsenden Jugend hingewiesen. Es besteht die Gefahr, dass dieselbe ihre Kräfte in neutralen und gegnerischen Sport- und Spielvereinen verzettelt und dadurch der Arbeiterbewegung entzweit wird. Allgemein begrüßt wurden die vom Hauptvorstand ausgeschriebenen regelmäßigen Kassenrevisionen. Leider haben wir immer noch Kassierer, die eine Revision als persönliche Prüfung empfinden. Die örtlichen ständigen Kassireuren nehmen ihre Aufgabe meistens viel zu leicht. Notwendig ist größere Aktivität bei den Betriebsratswählern und der Hochhaltung alter Rechte und Pflichten aus dem Betriebsrätegesetz. In Orten, in denen in größerem Umfang Frauen und Mädchen beschäftigt werden, soll man dieselben zur Mitarbeit und Verantwortlichkeit erziehen und ihnen in den Ortsvorständen Vertretungen eintunnen.

Zu seinem Schlusswort berührte Kollege Blum noch die Heimarbeiterfrage und die Notwendigkeit, auf diesem Gebiet rauer zu wirken als es bisher geschehen ist. Heute holen wir alle Vorteile auch für die Indifferenzen heraus, und da fällt für Eigosten vielfach der Unreiz weg, sich zu organisieren. Onfolge der Arbeitslosenversicherung, der Sozialgesetzegebung, dem Arbeitsgerichtsgesetz usw. glauben viele, dass ihnen nunmehr, auch ohne Gewerkschaften, alles erreicht ist. Wir müssen uns die Seele unserer Kollegen und Kolleginnen werben und versuchen, an alle Berufstypen heranzutreten. Es darf für die einzelnen Branchen keine Entschuldigung geben. Alle haben die Pflicht, über den Rahmen der Branche hinaus bei allen für unseren Verband in Betracht kommenden Kollegen und Kolleginnen zu agitieren und zu werben. Die Altersunterstützung ist in Bearbeitung und werden wir noch im Laufe dieses Jahres geeignete Vorschläge unterbreiten. In der Agitation werden wir der Beitrachtung Rechnung tragen.

Zu Punkt 2. Wahl des Redakteurs, wählten Kollege Blum dem in den Ruhestand getretenen Kollegen Becker einen warmen Nachfolger unter Vorausbehaltung seiner mehr als 30jährigen Redakteurität. Der Posten wurde neu eugeschrieben und gingen neun Bewerbungen ein. Nach langer Ausprache wird eine engere Kommission gewählt. Diese Kommission unterbreitet den Vorschlag, es solle der bisherige Verbandssekretär, Kollege Engel, die Reaktion übernehmen und der Kollege Paul Behring, Düsseldorf, an Stelle von Engel den Sekretärposten übernehmen. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3 spricht Kollege Franz Spield über die neue soziale Gesetzgebung. Redner gibt ein ausführliches Bild der Entwicklung der Sozialgesetzegebung in den letzten Jahren und zeichnet den Weg und die Aufgaben, die noch vor uns liegen. Es ist leider sehr bedauerlich, dass nicht alle Kollegen und Kolleginnen diesen Ausführungen bewohnen konnten. Mancher Vorwurf, der jetzt zum Teil aus Gedankenlosigkeit und Unkenntnis der Materie gegenüber dem ADGB erhoben wird, würde verschwinden. Interessant war die Erklärung der Widerstände, die noch oft aus den eigenen Reihen kommen, weil man sich noch nicht restlos vom Partikularismus und Eigenordnungsprinzip freimachen kann. Spield sieht als erfreuliches Ziel möglichst weitreichende Vereinheitlichung und Vereinfachung aller sozialen Institutionen und Gesetze unter Hinanzeigung aller Hemmnisse, wie sie durch Kleinstaaterei usw. gegeben sind. Bekannter Weise dankte dem Redner. Es wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, dass Aufklärung in der gehörigen Form durch die örtlichen und Bezirklichen Ausschüsse des ADGB mehr wie bisher verbreitet wird.

Zu Punkt 4 spricht Kollege Gerhardt. Unsere Tarifbewegung hat im Jahre 1927 einen großen Aufschwung genommen. In der Leiderwarenindustrie haben wir acht Tarife, in der Treibriemenindustrie einen Reichsttarif und im Tapeziererberuf 76 Tarifverträge. Die Bestimmungen des Treibriemertarifs sind in den Werkstätten allgemein gut geworden. In zwanzig Lohnabkommen der Treibriemenbranche wurde 1927 eine Lohnerhöhung von 6 Prog. erzielt. In der Waggonbranche kommen in der Hauptstrecke nur noch 30 Firmen in Betracht. Für das Geschäftsjahr 1928 ist ein guter Geschäftsgang zu erwarten. Redner schildert die Lohnverhältnisse in der Kinderwagenindustrie, die ungemein sind. In der Automobilindustrie vollzieht sich eine immer größere Konzentration. Im Südwürttemberg, Ostgau und Bau Sachsen steigen über 3000 Autotaktiere etwa 1000 in den übrigen Gauen gegenüber. Im Tapezierer-

gewerbe hat die Tarifentwicklung gute Fortschritte gemacht. Es gelang in Mittelstädten und auch in kleineren Orten Verträge zum Abschluß zu bringen. Auch hier hat sich die Nationalisierung in Form von starker ausgebildeter Teilarbeit Eingang verschafft. In der Lederwarenindustrie dürfen wir an der vor sich gehenden Entwicklung nicht achtslos vorbeigehen. Die Ausstellung von Maschinen und die Entwicklung der Produktion, namentlich in der Kofferindustrie, muß gut beobachtet werden. Die Industrie beschäftigt etwa 1000 Personen, die Wohnentwicklung in der Branche ist nicht aufzuhalten.

Die zurzeit vom Verband getätigten Tarife umfassen rund 33 000 Personen. An diesem Jahre kommen für die Bewegung 16 000 bis 18 000 Kollegen und Kolleginnen in Betracht. Gerhardt erläuterte eingehend die Frage der Arbeitsgerichtsbarkeit und ihr Verhältnis zu den Schlichtungsstellen in den Mantelverträgen. Letztere Frage wurde in der einliegenden Debatte sehr lebhaft besprochen. Abfällig wurden allerdings die viel zu niedrigen Prognostifäße der Löhne für weibliche und jugendliche Arbeitsträger in der Lederwarenindustrie kritisiert. Die Rechte der Heimarbeiter müssen schärfer umrissen werden. Scharf wenden sich fast alle Redner gegen eine weitere Zersplitterung der Verträge in der Lederwarenindustrie. Es ist eher eine stärkere Zusammenfassung der zurzeit bestehenden Verträge zu erstreben. Die Entwicklung in der Kofferindustrie wird eingehend besprochen. Der gelernte Arbeiter wird durch den ungelernten Arbeiter und die Frauenerarbeit verdrängt, die Löhne sind aufgebaut auf den Echtern für den gelernten Arbeiter, also in Wirklichkeit viel niedriger, wie es den Anhörten hat. Um Hilfsarbeiter zu werden, braucht kein junger Mann eine lange Lehrzeit durchzumachen und muss verlangt werden, daß die jungen Kollegen gleich in die Prognostifäße für jugendliche Arbeiter eingereiht werden. Kollege Blum schildert in großen Zügen die momentane Lage der gesamten Lederwarenindustrie. Wie werden gut beobachten müssen, um alle entstehenden Schäden abzuwenden zu können. Die Industrie will sich immer mehr zum reinen Sollgewerbe heraus, in der kurze Perioden gut beschäftigt von Zeiten langer Arbeitslosigkeit abgelöst werden.

In seinem Schlussswort geht Kollege Gerhardt auf die Tarifverträge für die Handwerksfamilie ein. Der Schriftverband findet in dieser Branche immer mehr. Neben die eventuelle Kündigung der zentralen Tarifverträge befürchtet der Hauptvorstand in seiner nächsten Sitzung. Derselbe wird natürlich bei seiner Stellungnahme das Gehörte auswerten suchen.

Unter Punkt 5 behandelte Kollege Gerhardt eingehend die neuzugründende Bundesfamilie des ADGB, die bestehenden Reichswirtschaftsschulen und die Arbeiterbildungsakademie in Frankfurt a. M. Er schildert die Förderung dieser Schulen, den finanziellen Aufbau und die Notwendigkeit der Heranbildung eines neuen Nachwuchses, mit allem Rücksicht des Wissens verleben. Die alten Kämpfen, die durch Jahrzehntelange eigene Erfahrung mit dem Werden der Arbeiterbewegung vertraut geworden sind, sterben immer mehr aus. Es müssen die geeigneten Schritte getan werden, um geeignete Nachwuchs heranzubilden. Die Ausprache ergab allseitige Zustimmung zu dem Gehörten.

Unter allgemeinen Verbandsfragen gibt Kollege Blum bekannt, daß erneut Differenzen zwischen dem Ortsausschuß des ADGB in Offenbach a. M. und unserer dortigen Ortsvertretung ausgebrochen sind. Blum wird beauftragt, Erklärungen einzulehren. (Beider ist inzwischen der Ausschuß schon vollzogen worden.) Sehr abfällig werden die politischen Quertriebvereine, wie sie im Offenbacher Mitteilungsblatt enthalten sind, kritisiert. Trotz der Stellungnahme des Hamburger Verbandsages hat sich

darin nichts geändert. Die Sitzung der Offenbacher Verwaltungsstelle nimmt für sich das Recht in Anspruch, Beschlüsse des Verbandstages zu ignorieren. Es wird unterstrichen, daß derartige Quertriebvereine nicht so weiter gehen können.

Der Vertreter Mitteldeutschlands im erweiterten Vorstand, Kollege Eppinghaus, sieht schon zur zweiten Tagung unentbehrlich. Er hat es nicht einmal für nötig gehalten, mitzutun, aus welchen Gründen er nicht erscheint. Da es nicht angeht, soll so wichtige Wirtschaftsgeiste untersuchen zu lassen, soll untersucht werden, warum Eppinghaus nicht erscheinen ist, eventuell soll die Reuezahl eines Vertreters ausgeschrieben werden.

Zum Wahlreglement und dem § 17, Absatz 3, unseres Statuts liegt eine Anfrage vor über die Handhabung dieser Bestimmungen. In der Sache beschließt der erweiterte Vorstand, daß der § 17, Absatz 3, unseres Verbandsstatuts, welcher lautet:

"An der Abstimmung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, welche mindestens 13 Wochen dem Verbande angehören und nicht länger als fünf Wochen mit ihren Beiträgen restieren."

für alle Urwahlen und Urabstimmungen, auch für die in den Gauen und Kreisverwaltungen stattfindenden Urwahlen und Urwahlabstimmungen Gültigkeit hat.

Damit hat die Tagung ihr Ende erreicht. In seinem Schlussswort gibt Kollege Blum ein Resümee der Verhandlungen und läßt mit dem Wunsche, daß die getroffene Arbeit fruchtbbringend verwendet werde.

## Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Am 17. Januar trat in Berlin der Ausschuß des IGB in seiner diesjährigen Tagung zusammen. Außer dem Vorstand und den Delegierten der angeschlossenen Landesorganisationen nahmen noch die Vertreter der Internationalen Berufsjefterariate an den Verhandlungen teil. Ende 1926 hatten die Berufsjefterariate Mitglieder: Transportarbeiter 224 954, Bergarbeiter 1 897 706, Metallarbeiter 1 582 932, Holzarbeiter 999 668, Tegularbeiter 941 551, Bauarbeiter 761 606, Lebensmittelarbeiter 745 001, Privatangestellte 601 387, Fabrikarbeiter 562 136, Dienstliche Dienste und Betriebe 498 673, Post 475 304, Landarbeiter 283 399, Weber 181 373, Buchdrucker 180 467, Keramitarbeiter 119 457, Tabakarbeiter 106 418, Steinarbeiter 103 944, Glasarbeiter 94 827, Buchbinderei 79 500, Hotelangestellte 62 683, Hutarbeiter 48 576, Lithographen 46 081, Diamantarbeiter 22 686, Druckergesellen 9160, zusammen 13 522 062.

Sehr eingehend beschäftigte sich die Tagung mit den Vorbereitungen der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf. Die Minimallohnfrage, in der bereits bei der vorjährigen Konferenz prinzipiell Gegenstände hervorgekommen sind, wird eingehend behandelt. Genfes Leipart legt den Standpunkt der Deutschen Gewerkschaften dar, die jede Festlegung über die Heimarbeit hinaus entschieden ablehnen und nicht den kleinen Hinger dazu bieten, sich die Fortsetzung aus der Hand werden zu lassen. Sartor kritisiert wird, daß die deutsche Sprache immer noch nicht offiziell beim Internationalen Arbeitsamt zugestanden ist. Das Internationale Arbeitsamt könnte auf sozialpolitischen Gebiete keine Fortschritte machen, wenn es sich nicht auf die Gewerkschaften stützen kann. Es wird die Unterstützung nicht im gebürgten Maße finden können, wenn die auf die deutsche Sprache als

Verhandlungssprache angewiesenen Kreise nicht die Möglichkeit haben, die Anregungen und Publikationen des Internationalen Arbeitsamtes zu verfolgen. Es liegt also im Interesse des IGB, die deutsche Sprache endlich mit als Verhandlungssprache einzuführen.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung tritt der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentrale Preußens, Genosse Wories, für eine bessere allgemeine Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung in kleinen Ländern ein, die noch mit großen Erfolgsergebnissen zu kämpfen haben und bringt die Einführung einer internationalen Beitragssumme im Wert von 5 schweizerischen Centimes pro Jahr in Vorschlag, um so einen Unterstützungs fonds zu schaffen. Eine Entscheidung hierüber kann erst vom nächsten internationalem Gewerkschaftsamtreiche getroffen werden. Zur Sprache kommt dann die Unterstützung der italienischen Gewerkschaften, die zurzeit ihren Sitz in Paris haben. Genosse Küppeler, der Sekretär der Bauarbeiterinternationale, befürwortet eindringlich die finanzielle Unterstützung der italienischen Landeszentrale in Paris. Genfes Sassenbach gibt ein Bild über die unabsehbaren Bedürfnisse in Italien, die eine weitere Unterstützung erfordern mögen. Der internationale Sekretär der Lederarbeiter, Genosse Simon, tritt für eine gemeinsame Unterstützung durch die internationalen Berufsjefterariate ein.

Dann beschäftigte sich die Tagung mit der Frage, wo der IGB, ständig keinen Sitz nehmen soll. Genosse Graumann, als Berichterstatter der vorbereitenden Kommission, teilte mit, daß über die Frage des künftigen Sitzes des IGB, noch keine Einigung herbeigeführt werden konnte. Ebenso ist über die Beisetzung des Vorsitzes des Generalsekretärs noch nicht entschieden worden. Der Sitz wird vorläufig weiter in Amsterdam bleiben. Spätestens in sechs Monaten nach dieser Ausschließung soll eine neue Sitzung, die notwendigen Entscheidungen treffen. Da die Wahl des Generalsekretärs noch nicht getroffen ist, mußte auch die Beziehung der Posten der Untersekretäre ausgestellt werden können. Liegt darin, daß eine Reihe von Beauftragten der Landeszentralen erklärt, zu einer definitiven Stellungnahme noch kein Mandat zu haben. Genosse Sassenbach will, wie Graumann besonders bemerkte, als Mandat für das von ihm zunächst weiter zu vernehmende und das Generalsekretärs nicht in Frage gezaugt werden. Nach lebhafter Debatte wird die Entscheidung über die Sitzverlegung in WOB vertragt. Der Ausschuß beschließt sich mit einem Fragebogen an die angeschlossenen Landeszentralen zu wenden, um sie zur Formulierung von bestimmten Vorschlägen zur Sitzfrage, zur Neuwahl des Generalsekretärs u. v. einzuladen. Nach Austraß der Antworten zwischen den verschiedenen Landeszentralen wird innerhalb sechs Monaten eine weitere Ausschließung stattfinden, die in den noch ungelösten Neorganisationsfragen die entscheidenden Beschlüsse fassen wird. Wenn so hat doch die Ausschließung in der Mäßigung der Übereinstimmung der Gewerkschaften stattgefunden. Die Sitzverlegung ist keine reine technische Angelegenheit, sondern es spielen eine Reihe anderer Momente mit, die berücksichtigt werden müssen. Durch eine Abstimmung kann in dieser großen Frage keine fruchtbare Lösung gefunden werden, solange noch größere Differenzen bestehen.

Nach Begehung der Neorganisationsfrage wandte die Tagung sich den übrigen Aufgaben zu. Zur Auseinandersetzung der Partei-Beschlüsse lag eine den Internationalen Kampf vorbereitende Ausschließung betreffende Entschließung vor. Geprägt wird Vorbereitung der Ratifizierung des Washingtoner Währungsübereinkommens und eine alle zwei Jahre abzuhaltende Untersuchung über die wöchent-

lichen Arbeitsmarktsituationsberichte. Diese mit Wissenschaften befaßten sich den kürzlichen Tagen durch Strafen gebundenen Säume sich neigen, wie die Kronen sich biegen, hin und her, ununterbrochen. Und dann gehen sie achtlos weiter.

Das war einst anders, als der Mensch noch so ganz mit dem Natur verbunden war. Da war die Natur der Siedlungsgebiete und, darum zeigte sich ihm die Natur auch in ganz anderer Weise als uns. Es galt, sie zu nutzen, sie einzufügen in die Befriedigung seiner Bedürfnisse.

So kam der Mensch, denn beim Anblick jöld, sich neigenden Zweige auf den Gebieten, diese fähigstellte das Begegnen der Zweige zu verwenden für seine Lebenszwecke. Und er bog selber den Zweig und befestigte ihn behutsam an einer Schlinge, und dann schlief der Zweig beim Begegnen durch ein Tier hoch und das Tier war gefangen.

Die Kulturrevolution der Arbeit hat uns von jöld primitiver Befriedigung der Bedürfnisse entfernt. Sie jagte den besonderen Arbeitsplatz. Sie schaffte Natur, und ließt die Sonne und das belebende Licht werden so vielen vorenthalten.

Durch diese jöiale Entfernung der Natur werden wir einstige Menschen ohne den lebendigen, ewig schöpferischen Odem, der da braucht wohl. Wir vertummen in umfangreichem Maße unser Seins, denn der ist groß und nur Erwerb, nur Erstellen sein. Wir müssen die Zeit und die Mittel haben, auch Kind von Allmutter Natur zu belieben oder wir erstarren, ohne das große kulturelle Erleben mit allem Lebendigen, in Glorification.

## Wirtschaft und Kultur.

### Die Hand.

Die Hand ist zum Schaffen bestimmt. Sie ist dorum ein wertvolles Werkzeug des Lebens. Wir rechnen sie wenig, und doch ist sie viel, und all die wichtigen Organe des Körpers sind ihr, ihr zu dienen. Nur ihr steht das Leben. Sie ist das Instrument unseres Leibes, das all unter Denken und Fühlen umsetzt in Tat.

Die Unterscheidung zwischen Kopf- und Handarbeit, wie sie üblich ist, verwirrt. Auch der Kopiarbeiter bedarf seiner Hand. Sie erhält die geistigen Energien in Werk um, indem sie schreibt, zählt, malt, indem sie leitet, indem sie erklärt, und lebt bei Sprechen und Singen geben wir unserem Krieden erkundend und bestimmenden Ausdruck durch unsere Hand. Sie ist ein Organ zur Befreiung unseres künstlerischen Schöpfens.

So ist die Hand auch des sogenannten handarbeitenden Menschen nicht ein Instrument, das ohne ein lebendiges Hirn schaffen kann. Allerdings sucht die kapitalistische Mechanisierung des Lebens das Geistige im handarbeitenden Menschen zu töten. Aber auf ewig wird der Mensch nicht Arbeitsmechanismus sein. Je mehr die Maschine Arbeit leistet, um so mehr macht sie einmal den Menschen für künstlerische Arbeit frei. Eine Arbeitsdifferenzierung wird kommen, indem das Mechanische von der Maschine, die der Mensch b Herricht, vollbracht wird, während der Mensch im übrigen mit seiner Hand Handarbeit in den Bereich seines künstlerischen Sinnes teilt.

Und dann wird die Hand, die heute als minderwertig betrachtet, in ihrer ganzen, großen schaffenden Bedeutung erkannt werden. Dann hat der handarbeitende Mensch die bürgerliche Ideologie überwunden, die da in wüster, handfremder Weise das höchste sieht. Dann ist er in alles, Leistung, Pragmatik, Wirklichkeit.

Die Hand ist es dann, die Menschen bewußt mit dem täglichen Leben bindet. Liebe, Freundschaft, Güte, was ist das alles? Sie hat der Not, heißt es, bewußt sich der Freunde. Und da hat die Hand, die heisende, die Freundschaft zu beweisen.

Zwei ineinander verschlungene Hände sind so oft in den organisatorischen Verbänden des schaffenden Volkes das Symbol des Weges und des Ziels, und wir reichen uns in Begeisterung das Volkes oft im Geiste die Hand. In der

neuen Arbeit geben Menschen praktisch sich die Hände, in der Arbeit, die dem Ganzen, der Gemeinschaft gilt. Das ist Zukunft. So wird es einmal sein. Doch damit es werde, ballen wir einst weilen noch die Faust!

### Das Höchste ist Leben!

Wie nie in der Geschichte der Arbeit wird der Mensch heute in das Wirtschaftssystem eingepaßt, und diese Einspannung in die kapitalistische Wirtschaft hat bei Kopf wie bei Handarbeitern die starke Tendenz, die durchsichtbare Regelung, den Menschen zum gleichen, willkürlichen Mechanismus zu machen wie die Maschine, deren Ergänzung er ist, und dem Menschen dabei alles zu erlauben, was nicht zur Arbeit gehört.

Ein interessantes Beispiel dafür, wie Leben, wie ein lebendiges Wesen durch einseitige kapitalistische Profitwirtschaft in seiner ganzen Eigenart mißbilligt werden kann, bietet uns der Seidenspinner, von dem ja die Seide stammt.

Um ungeheure Kosten werden diese Tiere gejagt, in Asien, auch in Mittelmeerlandern, und dann wird das Seine Seidengewebe, der Koton, den die Raupe vor ihrer Verpuppung um sich spannt, als Produkt solcher kapitalistischen Zucht im großen, in Millionen von Kilogramm, für die Herstellung von Seide verarbeitet.

So ist auch dieses tierliche Leben genau wie das menschliche in den Wirtschaftssystem eingespannt. Man sucht herauszuholen, was herauszuholen ist. Das natürliche Leben dieses Lebewesens bleibt unbrauchbar. Man zwängt ihm kapitalistische Normenfeier auf. Man erstickt in ihm das Eigene, das Selbständige, Wollen-Wolle — und man erzieht es durch diese kapitalistische Zwangswirtschaft, daß die Seidenspinner völlig verkümmert. Sie sind nicht mehr imstande, sich selbst zu ernähren wie in der Freiheit. Ansteckende Krankheiten sind sie in hohem Maße ausgezeichnet durch diesen kapitalistischen Degenerationssprozeß, und sogar das Fliegen verlieren sie.

Es handelt sich um Tiere, Gewicht. Und doch um Leben. So lebt das Leben, wenn die Wirtschaft ohne Rücksicht auf das Wesen des lebendigen thres Ziels erstrebt, wenn da ein Zwiespielen vorhanden ist zwischen Arbeit und Lebensbedürfnis, zwischen Profit und natürlicher Lebensnotwendigkeit.

Der Kapitalismus mit seiner einseitigen Profitsteuerung ist eine Gefahr für das Leben, eine Gefahr für den

lebendigen Menschen, und über alle Vertretung der wirtschaftlichen Arbeitnehmerinteressen hinaus ist es eine der stärksten kulturellen Aufgaben der Gewerkschaften, durch das Recht zu wahren, der Menschlichkeit, des freien Gedankens, das da nicht erwidert werden darf, weil es in einer neuen menschlichen Ordnung der Wirtschaft einen triumphieren soll.

Natur und Arbeit. Wenn wir an stürmischen Tagen durch Straßen gebunden, sind, dann leben wir, wie die Bäume sich neigen, wie die Kronen sich biegen, hin und her, ununterbrochen. Und dann gehen sie achtlos weiter.

Das war einst anders, als der Mensch noch so ganz mit dem Natur verbunden war. Da war die Natur der Siedlungsgebiete und, darum zeigte sich ihm die Natur auch in ganz anderer Weise als uns. Es galt, sie zu nutzen, sie einzufügen in die Befriedigung seiner Bedürfnisse.

So kam der Mensch, denn beim Anblick jöld, sich neigenden Zweige auf den Gebieten, diese fähigstellte das Begegnen der Zweige zu verwenden für seine Lebenszwecke. Und er bog selber den Zweig und befestigte ihn behutsam an einer Schlinge, und dann schlief der Zweig beim Begegnen durch ein Tier hoch und das Tier war gefangen.

Die Kulturrevolution der Arbeit hat uns von jöld primitiver Befriedigung der Bedürfnisse entfernt. Sie jagte den besonderen Arbeitsplatz. Sie schaffte Natur, und ließt die Sonne und das belebende Licht werden so vielen vorenthalten.

Seine Arbeitszeit. Genosse Sassenbach schlug vor, in diesem Jahr bei der Feier des ersten Mai in erster Linie für die Durchführung des Achtfundertages und die Vornahme der Käffizierung des Washingtoner Abkommens in allen Ländern zu demonstrieren. Tom Sham, der Vorsitzende der Kommission in Washington, die das Achtfundertägerabkommen aufgestellt hat, verweist auf England als das Hauptdilemma in der Käffizierungfrage. Trocken ist und England allgemein der Achtfundertag eingeführt ist und die Arbeitgeber nicht genügend Arbeit für acht Stunden haben, fordert ein Teil der Unternehmer die 5½ Stunden Arbeitszeit. Die Regierungen der anderen Länder berufen sich bei ihrer Begeisterung auf die Begeisterung Englands. Die Anträge Sassenbachs werden angenommen.

Zur Unterstützung der italienischen Gewerkschaftszentrale in Paris wird der Vorstand sich mit den genannten Vorwürfen beschäftigen und der nächsten Ausschüttung entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Nach Erledigung einer Anzahl weiterer Vorlagen und Anträge, unter anderen auch der finanziellen Verhältnisse des IGB, sond die Tagung ihren Abschluß in einer temperamentvollen Schlafrede unseres Genossen Zouhau, Paris.

## Submissionsblüten bei Treibriemenlieferungen.

Die standortnahmen Preiseindrücke, wie sie bei der Lieferung von heeresausführungsgegenständen durch die Bodenwarenindustrie unterlaufen sind, haben infolge ihrer unangenehmen Begleitercheinungen auch namhafte Teile der Arbeitgeber dieser Branche veranlaßt, gegen derartige Auswüchse energisch Protest zu erheben.

In der Treibriementräderindustrie stehen vor jetzt auf ähnliche Vortommisse. Wie das Organ der Treibriemenföderation Deutschlands in seiner neuesten Nummer mitteilt, haben Submissions, die im November 1927 bei der Reichsbahn in Köln stattfanden, ganz unverständlich Preisunterschiede gebracht. Trocken die ausgeführte Lieferung genau die Länge, Breite und Tiefe der Räder, sowie Art und Qualität des Leders, Art der Verarbeitung usw. vorgreift, trocken der Arbeitgeber für die Anfertigung der Treibriemen nur einen geringen Prozentsatz des Gesamtpreises vom Fertigobrillen darstellt, kommen bei dieser Submission Differenzen zwischen dem höchsten und niedrigsten Angebot bis zu 47,4 Proz. vor. Das Arbeitgeberverband verübt eine Erklärung für diesen unbegreiflichen Vorgang zu finden. Es läßt die Möglichkeit zu, daß einige Fabrikanten noch im Felde größeres Boten von Treibriemenlader gewesen sind, die zu sehr niedrigen Preisen erstanden waren. Müssten diese Herren die ausgewogenen Vorräte erledigen, so werden sie, bei der inzwischen eingetretenen Preisesteigerung, ihr blaues Wunder geben, da es unmöglich ist, bei den zur Zeit geltenden Preisen die gleichen Ledermengen einzufallen, die für die Anfertigung der gelieferten Treibriemen benötigt wurden. Die Bodenwarenindustrie kommt zu einer schweren Verurteilung dieser unumstößlichen Preispolitik und fordert u. a.: „Für jeden ist es daher klar, daß bei derartigen Preisen nicht auszukommen ist, und daß etwas anderes geleistet wird als angeboten ist. Die Abrechnungen des Verbandes sind natürlich keine absoluten, sondern schwanken je nach der Betriebseinrichtung der befreundeten Firma, nach dem Bedeutungsgrad, der Kapitalkraft usw. leidenschaftlich nach oben und unten. Wir nehmen es keinem Fabrikanten über, wenn er bei derartigen Submissions etwas unter unseren Richtpreisen liegt. Vorräte müssen eben unter unseren Richtpreisen liegen.“ Von den Gewerkschaften wird weiter die Aufstellung eines Reichswohnungsprogramms für einen mehrjährigen Zeitabschnitt gefordert. Sie halten den in der Denkschrift vorgeschlagenen Weg, den Umfang der Wohnungsbaubautätigkeit ausschließlich nach der jeweiligen Wirtschaftsschicht zu bemessen, für verfehlt. Bleibt die bisherige Planlosigkeit in Wohnungsbau bestehen, so wird die jetzt schon stark herostretende Unsicherheit in der Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung der Bauvorhaben noch eine wesentliche Verunsicherung erfahren und eine Einschränkung des Wohnungsbauens die Folge sein. Die Gewerkschaften wünschen die Aufstellung eines Mindestwohnungsbauprogramms, das dem tatsächlichen Bedarf und dem jährlich zu erwartenden Mehrbedarf an Wohnungen Rechnung trägt. Dieses Bauprogramm soll auch bei günstiger Wirtschaftslage voll zur Durchführung kommen. Weiter ist ein zügliches Bauprogramm vorzusehen, das bei ungünstiger Wirtschaftslage und stillstehendem Kapitalmarkt sofort in Angriff genommen werden kann. Die Gewerkschaften beweisen den Erfolg aller Bestrebungen zur Senfung der Bauaufgaben und zur Rationalisierung des Baumeisters, solange keine Planmäßigkeit im Wohnungswesen geschaffen ist, die Zahl der in einem mehrjährigen Zeitabschnitt zu erbauenden Wohnungen nicht festgelegt ist und somit auch die Durchführung der Bauvorhaben nicht genügend vorbereitet werden kann.

Scharf wenden sich die Gewerkschaften gegen eine weitere Mieterröhöhung, wie sie in der Denkschrift allerdings nur verschleiert angekündigt wird. Sie stellen fest, daß die im Jahre 1927 vorgenommene Seligerung der Miete um 20 v. H. zur Belebung des Wohnungsbaus entsprechend der Mehrbelastung der Mieter nicht begegnet hat. Die Mieterröhöhung hat zwar fast eine Milliarde Mark an Mehrmieten ausbringen müssen, doch umgebaute Summe ist aber nicht zur Finanzierung des Wohnungsbauens verwendet worden, sondern sie ist zum größten Teil den Hausbesitzern und den Hypothekengläubigern zugute gegangen. Die Spannung zwischen den Mietern der Altwohnungen und der Neubauwohnungen soll nicht durch weitere Erhöhung der gesetzlichen Miete befehligt werden. Weilmeier soll umgekehrt durch möglichste Senfung der Neubauaufgaben Bürde getragen werden, daß auch minderreiche Arbeitnehmerfamilien in der Lage sind, eine Neubaumiete zu bezahlen. Heute ist es der Mehrzahl solcher Familien nicht möglich, die Neubaumieten aufzubringen, da sie oft ein Drittel des Gesamtinkommens in Anspruch nehmen.

Um erhöhte Miete dem Wohnungsbau zuzuleiten, fordern die Gewerkschaften eine Reform der Haushaltsteuer, insbesondere eine rechtslose Haushaltsteuerabgabe an den Staat. Sie fordern vielmehr die Vermutung, daß in manchen Ratsstädten ein Schamperl zu harschen scheint. Bekommen solche Preisdrücker dann den ausgeschriebenen Auftrag und erkennen, wie sie sich bei dem geforderten Preis verhalten haben, dann verfügen sie leider nur zu oft, den drohenden Verlust auf den Rücken der Belegschaft abzuwälzen oder durch Belohnung minderwertiger Fabrikarbeiter jedoch zu halten. In allen Fällen, wo Staat und Gemeinde, Heeresverwaltung und Reichsbahn als Vergeber von Aufträgen in Betracht kommen, sollte die Erkenntnis Platz greifen, daß der Geschäftsmann, bei gutem Rohmaterial und dessen gezielter Verarbeitung durch ausreichend entlastete Arbeiter seine Ratsstädte zugrunde legt, nicht imstande ist, derartige Errichtungen in der Preispolitik, wie sie sehr von genossenschaftlichen Interessen getragen werden, mitzuhalten. Deswegen muß es verlangt werden, daß alle Abweichungen von der Durchschnittscurve der Preisangebote sehr genau kontrolliert werden.

## Die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung.

Die Gewerkschaften zur Denkschrift des Reichsarbeitsministers.

Die freigewerkschaftlichen Spartenverbände — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund und Allgemeiner Deutscher Beamtenbund — haben soeben dem Reichsarbeitsminister ihre Stellungnahme zu seiner Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung übermittelt. Die Gewerkschaften erinnern darin an, daß die Denkschrift mit ihren zahlreichen Anteilen über die noch sehr umstrittene Lage im Wohnungsbau eingehend informiert. Sie vertreten jedoch die Auffassung, daß darin die Verhältnisse im Wohnungsbau wesentlich günstiger dargestellt werden, als sie in Wirklichkeit liegen. Im Gegensatz zu der Denkschrift sind allein 1 Million Haushaltungen ohne eigene Wohnung. Anzugeben ist weiter ein unbedingt erforderlicher Verlust von rund ¼ Millionen Wohnungen — das sind etwa 2–3 Proz. der vorhandenen Wohnungen — um einen Wohnungswchsel und die Vornahme von Instandsetzungsarbeiten zu ermöglichen. Der laufende Abgang, der in der Zeit vor dem Krieg jährlich etwa 50 000 Wohnungen betrug, ist in der Kriegs- und Nachkriegszeit nur in sehr unzureichendem Maße ersetzt worden. Es ist daher ferner für mindestens 400 000 baufällige, gefundschädliche oder aus anderen Gründen in der Zukunft nicht mehr brauchbare Wohnungen in nächster Zeit Ertrag zu schaffen.

Die Gewerkschaften wenden sich gegen den in der Denkschrift entwickelten Vorschlag, die Durchschnittsgröße der Neubauwohnungen herabzusetzen. Die Absicht, Einraumwohnungen zu bauen, die kleiner und düstrier als die der Vorkriegszeit sein sollen, wird aus Gründen der Volksgefundenheit abgelehnt. Der Bau solcher kleinen Kleinwohnungen führt zu einer schädlichen Isolierung breiter Schichten der Bevölkerung nicht nur in der jetzigen, sondern auch in den folgenden Generationen. Die Gewerkschaften fordern, daß in den letzten Jahren von den ausländischen Städten in viel zu großem Umfang der Bau von Wohnungen für bemitleidete Schichten der Bevölkerung gefördert worden ist. Sie wünschen, daß alle verfügbaren Mittel restlos dem Kleinwohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Von den Gewerkschaften wird weiter die Aufstellung eines Reichswohnungsprogramms für einen mehrjährigen Zeitabschnitt gefordert. Sie halten den in der Denkschrift vorgeschlagenen Weg, den Umfang der Wohnungsbaubautätigkeit ausschließlich nach der jeweiligen Wirtschaftsschicht zu bemessen, für verfehlt. Bleibt die bisherige Planlosigkeit in Wohnungsbau bestehen, so wird die jetzt schon stark herostretende Unsicherheit in der Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung der Bauvorhaben noch eine wesentliche Verunsicherung erfahren und eine Einschränkung des Wohnungsbauens die Folge sein. Die Gewerkschaften wünschen die Aufstellung eines Mindestwohnungsbauprogramms, das dem tatsächlichen Bedarf und dem jährlich zu erwartenden Mehrbedarf an Wohnungen Rechnung trägt. Dieses Bauprogramm soll auch bei günstiger Wirtschaftslage voll zur Durchführung kommen. Weiter ist ein zügliches Bauprogramm vorzusehen, das bei ungünstiger Wirtschaftslage und stillstehendem Kapitalmarkt sofort in Angriff genommen werden kann. Die Gewerkschaften beweisen den Erfolg aller Bestrebungen zur Senfung der Bauaufgaben und zur Rationalisierung des Baumeisters, solange keine Planmäßigkeit im Wohnungswesen geschaffen ist, die Zahl der in einem mehrjährigen Zeitabschnitt zu erbauenden Wohnungen nicht festgelegt ist und somit auch die Durchführung der Bauvorhaben nicht genügend vorbereitet werden kann.

Scharf wenden sich die Gewerkschaften gegen eine weitere Mieterröhöhung, wie sie in der Denkschrift allerdings nur verschleiert angekündigt wird. Sie stellen fest, daß die im Jahre 1927 vorgenommene Seligerung der Miete um 20 v. H. zur Belebung des Wohnungsbaus entsprechend der Mehrbelastung der Mieter nicht begegnet hat. Die Mieterröhöhung hat zwar fast eine Milliarde Mark an Mehrmieten ausbringen müssen, doch umgebaute Summe ist aber nicht zur Finanzierung des Wohnungsbauens verwendet worden, sondern sie ist zum größten Teil den Hausbesitzern und den Hypothekengläubigern zugute gegangen. Die Spannung zwischen den Mietern der Altwohnungen und der Neubauwohnungen soll nicht durch weitere Erhöhung der gesetzlichen Miete befehligt werden. Weilmeier soll umgekehrt durch möglichste Senfung der Neubauaufgaben Bürde getragen werden, daß auch minderreiche Arbeitnehmerfamilien in der Lage sind, eine Neubaumiete zu bezahlen. Heute ist es der Mehrzahl solcher Familien nicht möglich, die Neubaumieten aufzubringen, da sie oft ein Drittel des Gesamtinkommens in Anspruch nehmen.

Um erhöhte Miete dem Wohnungsbau zuzuleiten, fordern die Gewerkschaften eine Reform der Haushaltsteuer, insbesondere eine rechtslose Haushaltsteuerabgabe an den Staat. Sie fordern vielmehr die Vermutung, daß in manchen Ratsstädten ein Schamperl zu harschen scheint. Bekommen solche Preisdrücker dann den ausgeschriebenen Auftrag und erkennen, wie sie sich bei dem geforderten Preis verhalten haben, dann verfügen sie leider nur zu oft, den drohenden Verlust auf den Rücken der Belegschaft abzuwälzen oder

Wirtschaft von vornherein vorzusehen, anstatt, wie in der Denkschrift vorgeschlagen wird, erst nach Eintreten triftiger Zustände den ausländischen Geldmarkt in Anspruch zu nehmen.

Die Gewerkschaften sehen sich auch für die volle Aufrechterhaltung des Mietertarifes ein. Sie treten der Absicht entgegen, den Mietertarif schon zu befeiligen, wenn das Angebot an Wohnungen der Nachfrage „eingemessen“ empfiehlt. Der in der Denkschrift vertretenen Auffassung, möglichst bald zur freien Wirtschaft im Wohnungswesen zurückzutreten, wird von den Gewerkschaften widergesprochen. Sie stellen fest, daß der bisher vorgenommene Abbau der gebundenen Wohnungswirtschaft sich wohl günstig für die Vermieter auswirkt, aber nur Nachteile für die Mieterschaft und Wirtschaft erzeugt und seine Minde rung der bestehenden Wohnungsnot herbeigeführt hat.

Sie fordern statt weiteren Abbau des Mietertarifes die Schaffung eines logischen Wohn- und Mietertarifes.

Damit sollen im Wohnungswesen Rechtszustände geschaffen werden, die den gerechtfertigten Ansprüchen von Mieter und Vermieter Rechnung tragen, die aber in erster Linie die Mieterschaft vor ungerechtfertigter Rendigung und Mietstiegung schützen. Weiter aber muß damit gleichzeitig eine Handelslage geschaffen werden, um die Inflandsfahrt und Erhaltung der vorhandenen Wohnräume auch gegen den Willen des Vermieters zu ermöglichen (Wohnungspflege).

Am Schluß ihrer Eingabe verweisen die Gewerkschaften auf ihre im Herbst 1926 der Deutschen Reichsleitung unterbreiteten „Richtlinien für den Wohnungsbau“ in welchen sie eingehende Vorschläge zur planmäßigen Förderung des Wohnungsbauens mit dem Ziel baldiger Beseitigung der Wohnungsnot gemacht haben. Die Gewerkschaften hatten ihre Vorschläge auch unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen voll aufrecht und empfohlen dem Reichsarbeitsminister eindeutig, bei allen seinen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot, die gewerkschaftlichen Vorschläge zu berücksichtigen.

## Die Volksfürsorge im Jahre 1927.

Kommt im bezug auf das Geschäftsjahr 1926 gefordert werden, daß es ein Jahr des Erfolges gewesen sei, so trifft diese Bezeichnung nicht minder für das nun abgelaufene Jahr 1927 zu. Von ihren 15 bisherigen Geschäftsjahren seit der Gründung ist das Jahr 1927 zweifellos für die Volksfürsorge das erfolgreichste gewesen. Innerlich gut gefestigt und fundiert, über eine gute Umsatzzahl und Werbeorganisation verfügend, konnte dieses gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen ins neue Jahr gehen. Während des Berichtsjahrs sind 876 891 Anträge gestellt worden, so daß die Volksfürsorge Ende des Jahres 1927 mit einem Bestande von über 1 Million Volks- und Lebensversicherungen mit einer Versicherungssumme von etwa 400 Millionen RM. abschloß. Durchschnittlich kamen monatlich über 30 000 Neu anträge herein. Die Prämienentnahme belief sich auf rund 17½ Millionen RM., die Einnahme am Kassen für ausgeliehene Kapitalien auf rund 1,6 Millionen.

Die geleistete Kapitalanlage erreichte eine Höhe von nahezu 81 Millionen Reichsmark. Für Sterbefälle sind im Jahre 1927 etwa 1,15 Millionen Reichsmark ausgezahlt worden, davon für Unfälle rund ¼ Million Reichsmark. Die gesamten Versicherungsleistungen seit Gründung der Institution bis zum Jahresende 1927 machen eine Summe von über 3 Millionen Reichsmark aus.

Das endgültige Jahresergebnis steht erst nach Feststellung des Rechnungsschlusses fest, doch beweisen diese vorläufigen Zahlen schon, wie erfreulich sich die Volksfürsorge weiterentwickelt hat.

## Korrespondenzen

Bielefeld, Generalversammlung, abgehalten am 18. Januar. Die Versammlung wurde vom 2. Vorsitzenden um 8 Uhr eröffnet. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls erließte er das Wort dem Käffler. Die Käffler blättert im 4. Quartal für die Hauptstelle: Ein- und Ausgabe 6 988,22 RT., für die Lokalfäste mit 11 788,80 RT. fest angelegt 9 677,26 RT. und 1 249,18 RT. Der Mitgliederbestand war 597 männliche und 121 weibliche, zusammen 628 Mitglieder. Ausgeschlossen wurden 32 männliche und 18 weibliche Mitglieder. In der Mitgliederverbindung sind vor das Jahr über stabil geblieben. Zuwünschen ist nur eine rechtslose und plüntrliche Beitragszahlung. Es erleichtert dem Käffler die Geschäfte. Der Verleih mit der Hauptstelle war sehr reg. Es wurde ein Geldsumma von 17 226 RT. erzielt. Hierzu wurden die Ausführungen zur Debatte gestellt. Über so beteiligte sich kein Kollege daran. Und es erhielt Kollege Priels die Abstimmung. Wir haben die Kasse geprüft. Alle Belege und Rechnungen waren vorhanden und sonst alles in bester Ordnung. Es stellte deshalb den Antrag, den Käffler zu entlasten. Selbiger wurde einstimmig angenommen. Dann nahm Kollege Priels das Wort. Ein Jahr des Aufbaues und der Rationalisierung liegt hinter uns. Wenn auch die Kollegen bei Durkopp entlassen waren, weil der Autobetrieb für Personenmobilien eingesetzt wurde, so waren es andere Betriebe, die sich stark entwickelten und in denen unsere arbeitslosen Kollegen zum Teil wieder untergebracht werden konnten. Streits waren im verflossenen Jahr nicht zu führen. Auch die Tarifabschlüsse wurden auf der Grundlage freier Vereinbarung abgeschlossen.

Die Metallbranche schloß zuerst ab. Dann folgte die Lebenswarenbranche und die Tapizerer. Bei letzteren war es uns möglich, den ersten Tarif abzuschließen. Der Tarif für die Treibriemer wurde um 1 Jahr verlängert. Um abgelaufenes Geschäftsjahr fanden 7 Mitglieder, 16 Belegschaften und 9 Werkstättversammlungen statt. Die Buntstoffe waren schwierig. Schreiber diente war dreimal in Herford. Beim letztenmal gelang es 15 Kollegen für unsere Sache zu gewinnen. In Detmold steht die Sache noch schlechter, aber auch hier hoffen wir wieder festen Fuß zu setzen.

